

SPIEGEL Titel

„Das ist alles sehr, sehr ernst“

Katastrophenstimmung in der CDU: Die Ermittlungen der Staatsanwälte gegen Helmut Kohl, ausgelöst durch eine Anzeige des Grünen Otto Schily, lassen Unionspolitiker um Wählerstimmen bangen. Aus Nervosität unter-

liegt selbst dem gewieften Taktiker Heiner Geißler eine Panne: Er schrieb Kohl einen „Blackout“ zu. Krisenstäbe erörtern bereits die Frage: Muß die Partei den Kanzler womöglich noch vor der Wahl auswechseln?

Niedersachsens Ministerpräsident Ernst Albrecht beriet sich am vorigen Dienstag mit zwei engen Vertrauten, dem CDU-Landesvorsitzenden Wilfried Hasselmann und dem Schatzmeister der Union, Walther Leisler Kiep, einst Finanzminister in Hannover. Die Runde war sich einig: Wenn absehbar sei, daß Bundeskanzler Helmut Kohl angeklagt werde, dann müsse er zurücktreten – so schnell wie möglich.

Am selben Tag legte in München Franz Josef Strauß dar, wie er den Fall Kohl beurteilt: Er wolle die verwirrenden rechtlichen Einzelheiten gar nicht wissen, so der Bayer zu Vertrauten, denn er denke nicht daran, sich zu einem Kommentar verleiten und so in die Sache hineinziehen zu lassen. Stürze der Kanzler, wolle er sich dabei die Finger nicht schmutzig machen. Das müsse die Schwesterpartei schon selber erledigen.

Aber einen Kommentar konnte er sich nicht verkneifen: Kohl habe sich seine miese Lage selber zuzuschreiben. Er habe sich allzu lässig, ja schlampig auf den Mainzer Untersuchungsausschuß vorbereitet. Da hatte er abgestritten, die wahre Funktion der „Staatsbürgerlichen Vereinigung 1954 e.V.“ als „Geld- und Spendenbeschaffungsanlage“ (Ausschußprotokoll) gekannt zu haben.

Rigoros setzt der bayrische Ministerpräsident der CDU eine Frist: Wenn Kohl weg müsse, dann habe dies vor den Sommerferien zu passieren.

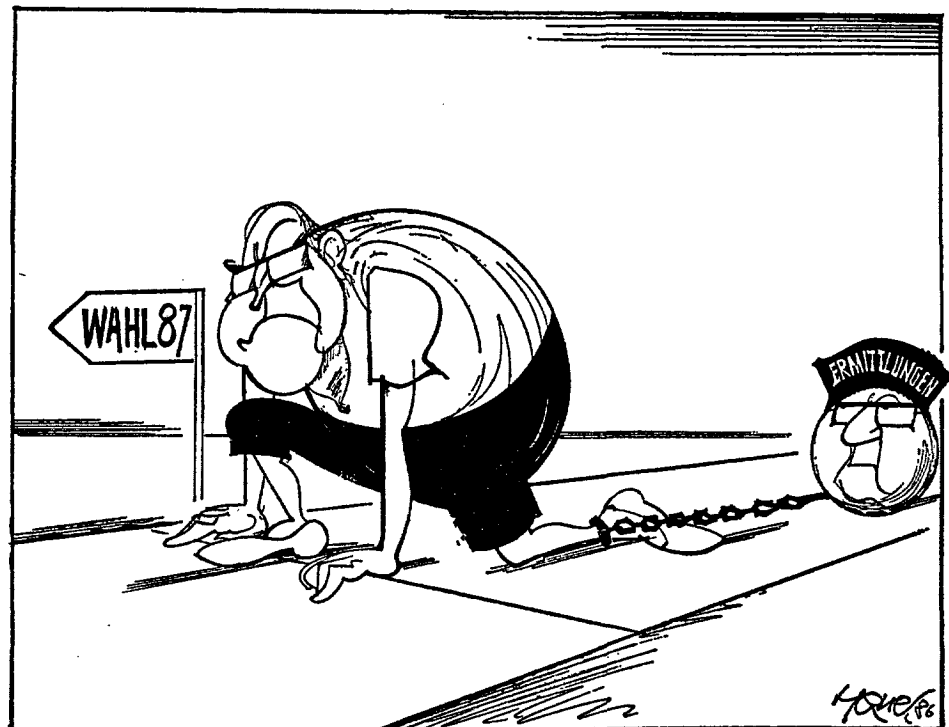
Wie Albrecht, der im Juni in Niedersachsen Landtagswahlen zu

bestehen hat, will der Bayer seine Wahlen im Herbst auf keinen Fall durch die Verstrickung des Bonner Regierungschefs in die Parteispenden-Affäre erschweren lassen. Am vergangenen Freitag war es offiziell: Die Staatsanwälte ermitteln gegen Kohl.

Auch der Mann, der die besten Chancen hat, nach Kohl Bundeskanzler zu werden, zeigte sich frühzeitig aufs höchste alarmiert. Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg urteilte – ungewöhnlich offener – vor Journalisten am Dien-

tag letzter Woche in der schleswig-holsteinischen Landesvertretung zu Bonn: „Das ist alles sehr, sehr ernst.“

Anders als Kanzleramt und CDU-Zentrale vermied es der schleswig-holsteinische Landesvorsitzende, dessen Heimatverband mitten im Kommunalwahlkampf steht, dem Kanzler durch Schelte des Grünen-Anklägers Otto Schily beizuspringen. Kein Wort des Klaren aus dem Norden über eine angebliche politische Diffamierungskampagne. Entgegen seiner Gewohn-



Frankfurter Allgemeine Zeitung

Onkel Bräsig als Zeuge

Wenn er ja sagt, meint er ja.
Wenn er nein sagt, meint er nein.
So möchte ich auch sein.

Helmut Kohl über Ronald Reagan

Es ist recht ungewöhnlich, daß ein Bundestagsabgeordneter einen anderen wegen eines Eidesdelikts anzeigt. Uneidliche Falschaussage, ist das nicht ein Delikt, um das sich die Staatsanwaltschaft von sich aus kümmern soll? Warum ihr aufhelfen, sie gar in Verlegenheit bringen?

Jeder Rechtsanwalt, ganz gewiß der erfahrene Otto Schily, weiß, wie leicht einem Zeugen eine Eidesverletzung unterlaufen kann. Die Bonner Staatsanwaltschaft, zuständig für die Untersuchungsausschüsse der Bundeshauptstadt, schien dieses Delikt über Jahre aus ihrem Repertoire gestrichen zu haben.

Es muß also einen Sinn geben, wenn ein so scharfsinniger und präventiöser Mann wie Schily den amtierenden Bundeskanzler angeklagt und nota bene verurteilt sehen will. Daß Schily sorgfältig und alles andere als leichtfertig vorgegangen ist, bedeutet keineswegs, daß die Staatsanwälte in Bonn und Koblenz seine Meinung teilen werden. Aber offenbar halten sie das ihnen unterbreitete Material für schlüssig. Unbegründete Anzeigen kann jede Staatsanwaltschaft binnen kurzer Frist erledigen.

Warum also diese beiden Anzeigen, zu denen ja kein Staatsbürger verpflichtet ist? Der Bundeskanzler selbst hat sie provoziert. Der Mann der geistig-moralischen Wende fordert durch seine Dickfelligkeit, ja durch seine Aufsässigkeit gegen jede argumentative Kritik dazu heraus, seine gemeingefährliche Heuchelei zu entlarven.

Wenn ein Bundeskanzler jedes ihm erreichbare Mittel bedenkenlos nutzt, um sich an der Macht zu halten, darf er sich nicht wundern, wenn der politische Feind ihm mit gleicher Münze zurückgibt. Der Mächtigere setzt die Maßstäbe der Moral, und zwar nicht durch Gelabere, sondern durch Tun oder Nicht-Tun, durch Ausspruch oder Nicht-Ausspruch.

Man freut sich nicht, einen Bundeskanzler in einem derartigen Verfahren zu sehen. Man freut sich nicht, weil man ihn aus anderen Gründen akzeptieren oder ablehnen will. Aber dieser hier hat es verdient. Es ist eine Zumutung, übrigens eine Zumutung erst geworden, ihm zuzuhören. Die

Macht, die sogenannte, hat ihn korrumpiert, und so wird man ihm mit Gegenmacht, auch in Gänsefüßchen, begeben.

Ich habe mit vielen Staatsanwälten und Richtern zu tun gehabt. Nicht immer war ich überzeugt, daß die Dritte Gewalt nach Recht und Gesetz verfuhr. Nur, wo kommen wir hin, wenn wir Recht und Gesetz grundsätzlich als vom Justizpersonal korrumpiert betrachten? Wie ist es möglich, daß die größte Parteiformation des Landes, daß ihr amtierender Bundeskanzler sofort „Schlamm-schlacht“ schreit, wenn eine, meiner wegen politisch gefärbte, Sache der Staatsanwaltschaft unterbreitet wird?

Wir sind schon so weit, daß Presseleute den Staatsanwälten, ihren potentiellen Gegnern, mehr Rechtsgefühl zutrauen als den hohen und höchsten Würdenträgern des Staates.

Als einer, der im Bundestag von einem Bundeskanzler des Landesverrats beschuldigt und demgemäß, nach heutigem Sprachgebrauch, „vorverurteilt“ worden ist, werde ich mich hüten, den Ausgang dieses Verfahrens zu prognostizieren. Das kann wohl überhaupt keiner.

Es gibt aber nicht nur eine „Vorverurteilung“, es gibt auch einen Vorfreispruch, und da zieht sich die Linie von Konrad Adenauer bis zu Heiner Geißler. Woher weiß der Mann, Volljurist immerhin, daß dieses eingeleitete Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Koblenz eingestellt wird, wie er dem Fernseh-Publikum anvertraute?

Der Bundeskanzler wird von seinen Feinden unterschätzt, aber er seinerseits unterschätzt seine Feinde. Er behandelt sie, als wäre er ein trotziges Kind, und wie ein trotziges Kind ist er vor dem Bonner Untersuchungsausschuß und vor dem in seinem Stammland Rheinland-Pfalz aufgetreten. Nun darf er sich nicht wundern, daß ausländische Zeitungen über seinen Rücktritt spekulieren.

Fest steht ja nach allgemeinen, auch der Presse zugänglichen Materialien, daß er sich bräsig und tölpelhaft leichtfertig benommen hat. Fest steht, daß er angesichts der Kompliziertheit der Ermittlungen eine lange Wanderung antreten muß, und das während wichtiger Wahlen. Und ebenso fest steht, daß er in seiner pfälzischen Selbstherrlichkeit selbst daran schuld ist.

heit besuchte Stoltenberg nach dem Treffen mit den Presseleuten nicht die Fraktionssitzung.

Statt sich anzuhören, was Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble 45 Minuten lang den Abgeordneten zur Entlastung des Chefs erzählte, blieb der Kandidat im Wartestand lieber in Dekkung. Er ließ sich die Haare schneiden und arbeitete anschließend in seinem Ministerbüro Akten auf.

Die Anzeige Schilys gegen Helmut Kohl hat die Unionsspitzen aufgeschreckt. Zum ersten Mal ermitteln Staatsanwälte gegen einen amtierenden Bundeskanzler: Kohl sieht sich Ermittlungen ausgesetzt wegen des Verdachts der uneidlichen Falschaussage, der Un-

„Der Wahlsieg '87 ist wichtiger als Helmut Kohl“

treue und der Beihilfe zur Steuerhinterziehung im Zusammenhang mit der Parteispenden-Affäre.

Nur mühsam können die Christdemokraten Gelassenheit zur Schau tragen. Tatsächlich herrscht Katastrophenstimmung. Niedersachsens Albrecht: „Das ist entsetzlich.“

Staatsanwälte auf der Fährte des Parteivorsitzenden, nicht undenkbar demnächst eine Anklage gegen den Bonner Regierungschef – im Kreise seiner engsten Vertrauten malte Albrecht aus, welche Risiken für die Union das bei den wichtigen niedersächsischen Landtagswahlen im Juni birgt.

Bis Anfang letzter Woche hatte alles recht gut ausgesehen für die große Regierungspartei. Die Ost-West-Großwetterlage klart auf, die Wirtschaft zieht an, die Inflation ist gebremst. Selbst im strukturschwachen Niedersachsen, hofften die Hannoveraner, könnten sie den Arbeitslosen wieder Hoffnung machen. „Alles sieht ganz gut aus und läuft vor dem Wind“, befand einer der Gesprächspartner Albrechts, „und dann kommt diese Geschichte plötzlich wie ein Blitz aus heiterem Himmel.“ Und was das Schlimmste sei: „Keiner weiß, wie sie sich auswirkt und wie lange sie dauert.“

Wo immer der niedersächsische Parteivorsitzende Hasselmann auftritt in diesen Tagen, fragt er zuerst seine Gesprächspartner, wie sie über die jüngste Bonner Affäre denken. Am vorigen Montag testete er in Verden an der Aller dreihundert Rotarier: „Was sagt ihr zu dem Ermittlungsverfahren gegen Kohl?“ Die Antworten waren gleich; allerorten Frust und Enttäuschung: „Jetzt ist der dran. Wer kommt denn noch?“

Hasselmanns Lehre: Die Staatsanwälte müßten schleunigst für Klarheit sorgen, „das Institut Bundeskanzler trägt kein Hinschleppen“.

Besonders peinlich muß für Kohl und seine eigene Anhängerschaft wirken,

daß die Ermittlungen ausgerechnet im CDU-regierten Heimatland des Kanzlers aufgenommen wurden, geführt von Staatsanwälten, von denen einige in seiner Zeit als Mainzer Ministerpräsident ins Amt gekommen sind.

Im Krisenrat der Niedersachsen, aber auch in den Stäben anderer Unionsspitzenpolitiker wurde in der vorigen Woche das Undenkbare zu Ende gedacht: Spätestens dann, wenn ein Gericht die Anklage gegen Helmut Kohl zuläßt, muß, so die überwiegende Meinung, der Bundeskanzler sein Amt quittieren.

Der altgediente CDU-Parteisol dat Hans Katzer weiß, wie die „alte Tante CDU“ mit Leuten umspringt, die ihr zur Gefahr werden. Katzer hat Ludwig Erhard fallen sehen, den Sturz seines Freundes Rainer Barzel miterlebt. Seine Voraussage: „In der Partei hört die Gemütlichkeit und die Geduld in dem Moment auf, wenn die ersten Abgeordneten sagen: ‚Wegen dieser Geschichte gibt es ein schlechteres Wahlergebnis.‘“

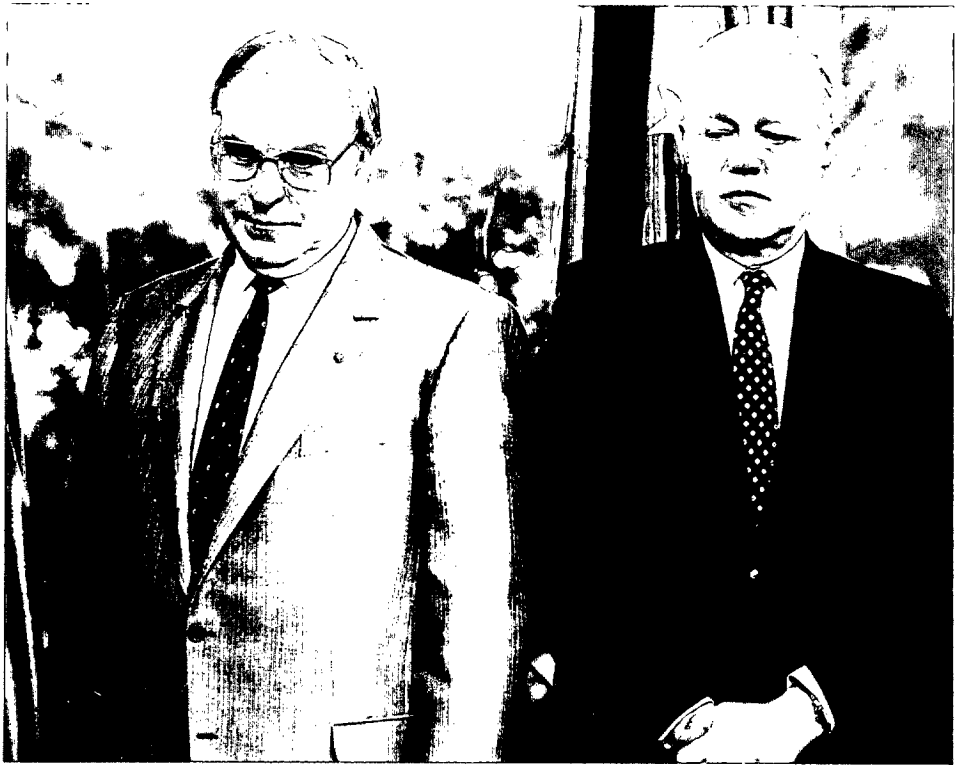
Führende nordrhein-westfälische CDU-Politiker um den designierten Vorsitzenden Kurt Biedenkopf teilen Katzers Einschätzung. Wenn es zur Anklage komme, heißt es dort, werde bestimmt irgendwo jemand aufstehen und sagen: „Der Wahlsieg '87 ist wichtiger als Helmut Kohl“ und: „Helmut Kohl, es gehört auch zu deinen Pflichten, dieses Opfer zu bringen.“

Ein Wechsel der Führungsfigur scheint plötzlich nicht mehr ausgeschlossen. Die Partei könnte um so leichter zu Stoltenberg überschwenken, als der Finanzminister ohnehin bei den Wählern beliebter ist und kompetenter erscheint als der Amtsinhaber. Stoltenberg trauen viele Christdemokraten zu, die Anstands- und Versöhnungskampagne des sozialdemokratischen Herausforderers Johannes Rau ins Leere laufen zu lassen, den von Schilys Aktion ausgelösten Schub für die Grünen zu bremsen und das affärenverdüsterte Bild der Kohl-Republik aufzuheben.

Wenn es zur Anklage kommt, erhalten diejenigen in der Union Oberwasser, die dem Regierungschef seit langem nicht zutrauen, die großen Aufgaben der nächsten Legislaturperiode zu bewältigen: Arbeitslosigkeit, Renten- und Gesundheitskosten, Umweltlasten. Denen böte sich dann eine günstige Gelegenheit, Kohl loszuwerden.

Nervosität im Kanzleramt, Pannen im Krisenmanagement verrieten in der vergangenen Woche, wie unsicher Kohl und seine Truppe sind, wie wenig sie Risiken einschätzen können. Werden die Ermittlungen eingestellt, oder kommt die Anklage und, wenn ja, wann?

Statt die Affäre bei der Partei zu belassen und allein dem Generalsekretär



Kanzler Kohl, Rivale Stoltenberg: Der Kandidat blieb in Deckung

die Verteidigung seines Vorsitzenden zu übertragen, ergriff Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble das Kommando. Durch öffentliche Erklärungen machte er den CDU-Spendenfall zu einer Affäre der Koalitionsregierung. Prompt beschwerte sich Freidemokrat Hans-Dietrich Genscher, daß seine Partei hineingezogen werde: „Ein gewichtiger politischer Fehler.“

Auch der CDU-Generalsekretär mochte nicht untätig bleiben. In seinem Eifer, dem Kanzler aus der Patsche zu helfen, vergriff sich Heiner Geißler im Vokabular und verkündete der Nation übers Fernsehen: Bei der Vernehmung im Mainzer Untersuchungsausschuß habe Kohl „möglicherweise einen Blackout gehabt“.

Geißler wollte den Kanzler vor dem Vorwurf schützen, im Ausschuß vorsätzlich die Unwahrheit gesagt zu haben. Kohl hatte am 18. Juli 1985 auf Fragen

„Wir stehen allenfalls am Anfang“

des Ausschußvorsitzenden, ob der CDU-Chef in seiner Zeit als Mainzer Ministerpräsident die illegalen Spendenpraktiken der „Staatsbürgerlichen Vereinigung“ gekannt habe, mit „Nein“ geantwortet (siehe Seite 22).

Statt abzuwiegeln, sorgte Geißler für neue Schlagzeilen. Kohl war so erbost über Geißlers Fern(seh)diagnose, daß er von Schäuble verlangte, den Parteimanager hart zu rempeln: Der disqualifizierte Geißlers Äußerungen als „totalen

Quatsch“ (siehe SPIEGEL-Gespräch Seite 26).

Wer bis dahin noch verpaßt hatte, was in Bonn los ist, jetzt war er im Bild. Die alternative „taz“ jubilierte: „Blackout ist beautiful!“

Die Spitzenleute der Union können es kaum fassen, in welcher verzwickten Lage sich der Kanzler durch seine Aussagen vor den Mainzer Landtagsabgeordneten hingeredet hat. Es geht jetzt nicht nur um die Frage, ob Kohl vorsätzlich die Unwahrheit gesagt hat, als er sich äußerte zu den Praktiken der Staatsbürgerlichen Vereinigung, Spenden zugunsten der Parteien zu waschen. Der Kanzler muß sich auch gegen den Vorwurf verantworten, die illegale Spendenpraxis geduldet und sich somit der Beihilfe zur Steuerhinterziehung schuldig gemacht zu haben.

Seine Verteidigungslinie erscheint nicht sehr stark. Kohl will jetzt seine mündlichen und schriftlichen Aussagen so verstanden wissen, daß er zwar von Spenden der Staatsbürgerlichen Vereinigung an die CDU wußte, den illegalen Charakter der Parteienfinanzierung am Finanzamt vorbei aber nicht kannte. Kohls Problem: Er selber hat mehrfach öffentlich erklärt, daß er sehr wohl auch Mitte der siebziger Jahre schon über die steuerrechtlichen Probleme der Parteienfinanzierung im Bilde war. Im Mai 1984 etwa brüstete sich Kohl auf der Jahrestagung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie in Bonn:

Es gibt niemanden unter den amtierenden Politikern der Bundesrepublik, der sich seit 1975 so intensiv und mit so viel Nachdruck um eine endgültige gesetzlich-

„Die Marketenderin“

Juliane Weber – seit Jahren die engste Vertraute des Helmut Kohl

Wenige Wochen nach seinem Wahlsieg vom 6. März 1983 betrat der Kanzler in Begleitung einer Dame das Gasthaus „Zur Glocke“ im rheinischen Kerpen-Türnich. Die Herrschaften orderten etwas Kräftiges – „hier gibt es das beste Steak im Umkreis von 100 km um Bonn“ (Kohl).

Kurze Zeit später kam ein weiteres Paar, Bernhard und Hildegard Worms aus Pulheim. Beim gemeinsamen Essen ging es um einen Coup: den Kohl-Gegner Kurt Biedenkopf als Spitzenkandidaten für die nordrhein-westfälischen Landtagswahlen im Jahre 1985 abzulösen und Kohls Günstling Worms zu küren.

Am Polit-Klüngel wortreich beteiligt: die Dame an des Kanzlers Seite, Juliane Weber; im Vorhof der Macht wie im Vorzimmer des Regierungschefs allgegenwärtig.

Die attraktive Brünnette ist immer dabei, wo Kohl zugange ist – im Weißen Haus zu Washington, im Moskauer Kreml oder beim Spaghettiessen auf der Bonner „Cäcilienhöhe“ beim Italiener Bruno.

Die Verwaltungsangestellte und Persönliche Referentin weiß um ihre Stellung und schert sich nicht um Etikette oder Hierarchie. Wie selbstverständlich sitzt sie auf Auslandsreisen beim Kanzler vorn, in der Luxuskabine für den Chef. Bei den vertraulichen Morgenlagen im Kanzleramt gehört sie zum engsten Zirkel – neben Minister Wolfgang Schäuble, Presse-Staatssekretär Friedhelm Ost und den Abteilungsleitern Eduard Ackermann, Horst Teltschik (beide Kanzleramt) und Wolfgang Bergsdorf (Presseamt).

Und doch ist sie mehr als die männlichen Mitglieder des Kohl-Kreises. Juliane Weber blockierte sieben Wochen lang dem Berlin-Bevollmächtigten der Bundesregierung, Peter Lorenz, den Weg zur Nummer eins. Seinen Termin-Wunsch rückte die Vorzimmerdame immer wieder nach hinten: Staatssekretär Lorenz sollte ruhig merken, daß er, einst Vorsitzender der Berliner CDU, in Bonn nur noch ein Gnadenbrot verzehrt.

Sie ist seit nunmehr 21 Jahren für den Pfälzer da, und wer ihr nicht paßt, der fliegt. Der frühere Leiter des Kanzlerbüros, Wolfgang Burr, geriet mit der allmächtigen Juliane aneinander, weil er sich von wichtigen Informationen abgeschnitten fühlte. Er kannte des öfteren weder Termine noch Absprachen des Kanz-

lers mit anderen Häusern. Als Burr dem Vorgesetzten die Vertrauensfrage stellte, wurde er in die Planungsabteilung versetzt. Juliane Weber sorgte dafür, daß ein braver Pfälzer den Job bekam, Franz-Josef Bindert, ein weitläufiger Verwandter von Kohls Ehefrau Hannelore, der sich freiwillig der Regie der brünetten Eminenz fügt.

Helmut Kohl vertraut voll nur einer Person in seiner Umgebung – seiner Juliane, die er als junger Fraktionsvorsitzender im rheinland-pfälzischen Landtag 1965 unter mehreren

Hans-Dietrich Genscher hingegen, den der Kanzler braucht, hat keine Probleme mit der Mittlerin: Für ihn hole sie ohne Hemmungen den Kanzler jederzeit ans Telefon – „sie hat einen klaren vernünftigen Kopf und gesunden Menschenverstand“.

Andere haben Kohl vor Juliane gewarnt. Dem später ermordeten Hanns Martin Schleyer, einst tatkräftigem Förderer der Karriere des Helmut Kohl, war die enge Beziehung zwischen dem verheirateten Spitzenpolitiker und seiner Mitarbeiterin nicht recht. Dem weltläufigen Industriemanager erschien auch Kohls Beraterstab als zu provinziell.

Nach Kohls Umzug aus Mainz in die Bundeshauptstadt im Jahre 1976 fürchtete Schleyer, aus dem Oppositionsführer werde nichts: „Erst muß das Zigeunerlager weg, einschließlich der Marketenderin.“

Die Gerüchte wucherten. Kohl hatte Frau Hannelore bei den Kindern in Ludwigshafen-Oggersheim gelassen. Juliane Weber und Fahrer Eckard Seiber bezogen Zimmer im Bonner Vorort Wachtberg-Pech, unter einem Dach mit Helmut Kohl.

Heute macht es den Kanzler unruhig, daß auch sein damaliger Freund, Flick-Manager Eberhard von Brauchitsch, Gerüchte aus der Privatsphäre transportiert haben soll. Entsprechende Aktenvermerke sollen in den bislang von der Justiz unter Verschuß gehaltenen Politiker-Dossiers enthalten sein. Damals, als Juliane Weber zum Spendenempfang zu von Brauchitsch geschickt wurde, hatte sich keiner vorstellen können, daß der Gönner solche akribischen Aufzeichnungen anlegen würde, erst recht nicht, daß die eines Tages in staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren gelangen könnten – wie jene über die geschenkte Dose Kaviar für Hannelore Kohl.

An den Gerüchten sei nichts dran. Ungefragt vertraute Juliane Weber einem „Bild“-Reporter an: „Ich habe nichts mit Kohl.“



Kanzler-Vertraute Juliane Weber*

„Ich habe nichts mit Kohl“

Bewerberinnen ausgewählt hatte. Der Enkel Adenauers, so leutselig er sich gerne gibt, ist in Wahrheit verschlossen und auf der Hut vor jedermann. Ihr allein öffnet er sich rückhaltlos. Er folgt ihrem Urteil über Menschen, wer unter Politikern oder Journalisten Freund, wer Feind sei.

Die Wächterin im Vorzimmer renkt wieder ein – am Telefon oder in persönlichen Gesprächen –, was Kohl unbedacht angerichtet hat. Oder sie läßt Anrufer spüren, daß die bei Hofe derzeit nicht gelitten sind.

Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß beklagte sich kürzlich bei CDU-Größen, daß Juliane ihn abgeblockt habe, als er Kohl dringend sprechen wollte. Dahinter habe natürlich Kohl gesteckt.

* Bei Kohls Besuch in Peking 1984.

che Regelung dieses dringend regelungsbedürftigen Sachverhalts bemüht hat.

Mysteriös bleibt auch eine von Kohl vor dem Bonner Untersuchungsausschuß nicht erwähnte Mission seiner Vertrauten Juliane Weber (siehe Kasten Seite 20). Der CDU-Vorsitzende hatte bestritten, einen Betrag von 30 000 Mark, der nach Unterlagen des Flick-Konzerns ihm unter dem Datum des 6. Dezember 1977 zugedacht war, je empfangen zu haben (siehe Seite 23). Der ehemalige Flick-Gesellschafter Eberhard von Brauchitsch schließt nicht aus, an jenem Tag das Bargeld Kohls Juliane zugesteckt zu haben – für den Vorsitzenden.

Selbst wenn Kohl juristisch nicht anzulasten ist, daß er bei seiner Befragung Juliane Webers Einsatz nicht erwähnt hat, peinlich bleibt die Affäre trotzdem.

Und bestenfalls hilflos wirkt, was der Kohl-Entourage bislang zur Aufklärung eingefallen ist, wo das Geld geblieben sei. Danach soll der Kanzler bei seiner Version bleiben, er habe es nicht erhalten. Frau Weber soll aussagen, sie hätte nur einen geschlossenen Umschlag bekommen, Inhalt unbekannt. General Geißler: „Das Geld war nicht da, also kann es auch nirgendwo geblieben sein.“

Selbst wenn Kohl es noch schaffen sollte, alle Vorwürfe abzubiegen und die Staatsanwälte ihre Recherchen einstellen müßten, der Schaden für die Koalition ist immens. Etwa zwei Monate werden die Ermittlungen nach einhelliger Schätzung der Regierenden dauern – und das Bild der CDU/CSU-FDP-Koalition während der Wahlkämpfe von Schleswig-Holstein und Niedersachsen verschatten.

Schon richten sich aus der FDP-Spitze harte Vorwürfe gegen die „Dilettanten“ in der Regierungszentrale, die das heraufziehende Debakel übersehen hätten. Denn von dem erfahrenen Juristen Schily war schon vor Monaten zu hören und zu lesen gewesen, daß er sich mit Kohls Aussagen vor den Untersuchungsausschüssen nicht abfinden und den Kanzler gerichtlich belangen wolle.

Hinweise darauf, daß Schily nicht lockerlassen würde, hatte bereits Kohls Vernehmung vor dem Bonner Ausschuß ergeben. Als der Anwalt feststellte, er glaube, „daß wir noch eine Reihe von Fragen zu stellen haben, daß wir – ich muß das von meiner Position aus sagen – allenfalls am Anfang der Befragung stehen“ – da registrierte das Protokoll Heiterkeit.

Schily daraufhin: „Das mag Sie ja amüsieren, Herr Bundeskanzler.“

Kohl: „Das amüsiert mich nach sechseinhalb Stunden in der Tat!“

Schily: „Vielleicht amüsiert es sie dann später nicht mehr.“

Das hatte auch ein Profi im Spendengeschäft wie Otto Graf Lambsdorff vorhergesehen. Immer wieder hatte er auf die Gefahren hingewiesen: „Ich sage nur Kohl – Mainz.“

„Das war nicht gut“

Wie das ZDF auf Geißlers Blackout reagierte

Um in der Sache weiter zu informieren und aufzuklären“, so ZDF-Chefredakteur Reinhard Appel, suchten die TV-Oberen am Mittwoch letzter Woche für derlei Sendungen eine nicht eben übliche „journalistische Form“. Ruprecht Eser, stellvertretender Chef beim „heute-journal“, plädierte für ein Streitgespräch und suchte den Kontakt zu Geißler. Schily war sofort gewonnen. Appel, der zunächst skeptisch war, sagte Eser sein „Kompliment“ für das Arrangement.

Eine weitere Entscheidung Easers und des diensthabenden Moderators Gerd

fragen der Nation geht, können Sie nicht sagen, hier habt ihr sechs Minuten, dann ist Schluß.“

Mit wachsendem Abstand zur Sendung wuchs die Selbstkritik – insonderheit wegen des bevorstehenden Wahlkampfes. Appel: „Wir dürfen uns nichts ans Hemd kleben lassen. Wir dürfen uns nicht vorwerfen lassen, daß wir was inszenieren.“

Am Ende ging es nicht mehr um den Lapsus des Generalsekretärs einer Regierungspartei, sondern um eine vermeintliche Panne in der Inszenierung eines öffentlich-rechtlichen Fernsehse-



Kontrahenten Schily, Geißler beim Streitgespräch: „So nicht“

Helbig fand bei Appel nachher weniger Gefallen: Weil der Bonner ZDF-Studioleiter Peter Hopen im Urlaub und sein Stellvertreter Joachim Jauer bereits mit einem anderen Beitrag im heute-journal vertreten war, sollten die Kontrahenten Geißler und Schily ins Bonner Studio, während Helbig von Mainz aus moderierte.

Nach Geißlers Ausrutscher mit dem Kanzler-„Blackout“ meldeten sich sogleich die redaktionellen Bedenkenträger zu Wort. Am Donnerstag in der Schaltkonferenz der ZDF-Redaktionen Mainz, Bonn und Berlin kritisierte Appel nach einem pflichtgemäßen „Glückwunsch“ für die „interessante“ Sendung „die Durchführung“: Schlecht sei, daß bei einem solchen Gespräch „kein Moderator vor Ort“ gewesen und „die Geisterschlacht von Mainz aus dirigiert“ worden sei. Und: „Wo es um Schicksals-

ders. Nach der Schaltkonferenz am Donnerstag meldete sich bei Appel Intendant Dieter Stolte: „Haben Sie das Ding gesehen?“

In einer Dienstbesprechung mit sechs Mitarbeitern der Hauptabteilung Aktuelles trug Appel bei Stolte vor, man sei sich einig: „Das war in der Realisierung nicht gut.“ Stolte: „Ich teile Ihre Meinung.“

Zwei Tage später waren die Schuldigen gefunden. Der Intendant: „Es war ein Fehler, daß vermutlich das Streitgespräch dafür gar nicht geeignet ist. Es wäre ja auch denkbar gewesen, zwei hintereinander laufende Interviews zu machen.“

Zwar: Was Herr Geißler so redet, „das ist ja seine Verantwortung“, so Appel. Aber er bat die ZDF-Redakteure, „künftig zu bedenken, daß es so nicht geht“.